

Positionspapier obligatorischer Staatskundeunterricht

Ausgangslage

Verschiedene Umfragen und Studien zeigen regelmässig auf, dass das Wissen in der Bevölkerung und vor allem bei den Jungen über die Funktionsweise unseres Staatswesens erschreckend tief ist. Tatsache ist auch, dass es heute möglich ist die Schulzeit zu absolvieren, ohne einmal Staatskunde gelehrt erhalten zu haben. Aus diesem Grund unterstützten die JFBS öffentlich den **Anzug von Tobit Schäfer (SP) mit dem Titel „Aufnahme eines Faches "Politik, Wirtschaft und Recht" in den obligatorischen Schulunterricht“**. **Darin bittet er den Regierungsrat zu prüfen, ob ein eigenständiges Fach „Politik, Wirtschaft und Recht“ eingeführt werden kann, welches beförderungsrelevant sein soll.**

Nachdem das Erziehungsdepartement den Anzug nicht innerhalb der vorgegebenen Frist von zwei Jahren beantwortet hat, machten die JFBS mit einer Standaktion just an jenem Tag als die Frist ablief die Öffentlichkeit darauf aufmerksam, dass die Antwort immer noch aussteht. Nach dieser Standaktion nahm der Erziehungsdirektor am 20. September 2009 erstmals Stellung zum Anzug. Er verwies auf den laufenden Prozess des Lehrplanes 21. Man wolle einen Sololauf der Kantone verhindern. Stattdessen wolle man eine national einheitliche Lösung. Damit bleibt bis zur Veröffentlichung des Lehrplanes 21 die Zukunft des obligatorischen Staatskundeunterrichts weiterhin unklar. Die JFBS möchten die Zeit bis zur Veröffentlichung der Anzugs-Antwort nutzen, um allfällige weitere Schritte vorzubereiten.

Was wir fordern

Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt fordern die gesetzliche Verankerung von obligatorischer Staatskunde: *Jede Schülerin und jeder Schüler des Kantons Basel-Stadt soll bis am Ende der obligatorischen Schulzeit eine inhaltlich und zeitlich klar definierte Anzahl von Lektionen an Staatskunde-unterricht erhalten haben. Wie dieser Unterricht genau auszusehen hat, soll im Rahmen einer Lehrplananpassung definiert werden. Zentral sind die Anzahl Lektionen und der einheitliche Unterrichtsrahmen (z.B. eigenes Fach oder Geschichtsunterricht).*

Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt fordern von der Regierung, dass Staatskundeunterricht wie oben erwähnt, in allen Schulen des Kantons obligatorisch erteilt wird und sich bei den Verhandlungen zum Lehrplan 21 für eine entsprechende nationale Verankerung einsetzt. Die JFBS haben in den letzten Jahren immer öffentlich und klar Stellung dazu genommen. Auch in anderen Kantonen wird diese Forderung von den dortigen Kantonalsektionen der Jungfreisinnigen konsequent gestellt. So befindet sich eine Volksinitiative der Jungen FDP Aargau derzeit im Sammelstadium, während in Baselland eine Volksinitiative der Jungfreisinnigen demnächst lanciert wird.

Weiteres Vorgehen

In der aktuellen Situation sehen die Jungfreisinnigen Basel-Stadt zwei mögliche Optionen: Entweder wird der Staatskundeunterricht im Projekt Lehrplan 21 entsprechend der oben genannten Kriterien aufgenommen und darin klar und fest verankert. Andernfalls ist es notwendig, dass die Jungfreisinnigen ihrem Anliegen mit einem wirksamen Instrument Nachdruck verleihen – einer kantonalen Volksinitiative.

Der Vorstand der JFBS wird den Lehrplan 21 nach dessen Publikation entsprechend prüfen. Falls die von den Jungfreisinnigen geforderten Voraussetzungen nicht erfüllt sind, entscheidet der Vorstand über die Lancierung einer entsprechenden Volksinitiative. Die Mitgliederversammlung überträgt dem Vorstand für dieses Anliegen das ihr in Artikel 21 der Statuten zustehende Recht.

Basel, den 16. Oktober 2009